

Kanton soll für Entwässerung Braunwald mehr bezahlen

Der Landrat beschliesst am Mittwoch über zusätzliches Geld für Massnahmen gegen die Rutschung von Braunwald. Die Kommissionen sind damit einverstanden, dass der Kanton über sein gesetzliches Maximum hinausgeht.

von Fridolin Rast

Die Entwässerungskorporation Braunwald plant eine neue Entwässerung mit einem Stollen und rechnet mit Kosten von 29,5 bis maximal 32,5 Millionen Franken. Mit der Entwässerung soll die Rutschungsmasse, auf der grosse Teile von Braunwald liegen, in ihrer Bewegung verlangsamt werden. Als eigene Beiträge haben die Korporation als Bauherrin und die Gemeinde Glarus Süd schon 2017 je 7,5 Prozent beschlossen.

Bund und Kanton tragen laut dem kantonalen Waldgesetz zusammen maximal 80 Prozent. Der Kantonsbeitrag ergänzt dabei einfach den Bundesbeitrag auf dieses Maximum. So sind aber erst 95 Prozent der Kosten gedeckt. Damit fehlen dem Entwässerungsstollen Braunwald noch 5 Prozent, entsprechend maximal 1,62 Millionen Franken.

Der Landrat berät am Mittwoch darüber, diesen Beitrag ebenfalls durch den Kanton zu bezahlen. Und wird, wenn er zustimmt, der Landsgemeinde 2021 einen entsprechenden Antrag stellen. Denn die Kosten sind sogenannte «frei bestimmbare Ausgaben». Im Gegensatz dazu sind die 80 Prozent «gebundene Ausgaben» und müssen, weil sie im Gesetz stehen, nicht vor die Landsgemeinde.

«Grosszügig, aber auch nötig»

Die Kommission Energie und Umwelt des Landrates habe eingehend diskutiert, ob sich der Kanton über die gesetzlichen 80 Prozent hinaus beteiligen solle. Laut Kommissionsbericht stimmt sie letztlich dem freien Beitrag mit sechs Ja und zwei Enthaltungen, aber ohne Gegenstimme zu. Die Kommission ist der Meinung, der Zusatzbeitrag sei «grosszügig, aber auch nötig».

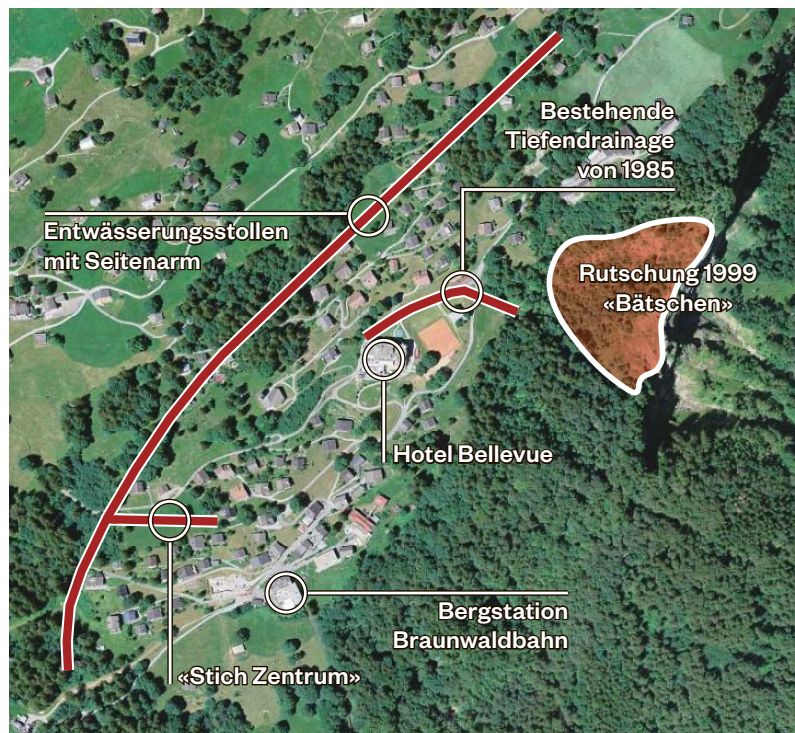
Die Begründung: Die anderen möglichen Kostenträger – Entwässerungskorporation und Gemeinde Glarus Süd – seien finanziell «bereits stark beansprucht». Die beiden beteiligten sich bereits stark, und auch der Bund werde voraussichtlich mehr als 35 Prozent beitragen, was den Kantonsbeitrag reduziere. Und: «Die Kommission attestiert dem Projekt ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis mit grosser überregionaler Bedeutung und einer gegebenen Dringlichkeit.»

Das Projekt sei nicht nur für Braunwald wichtig, sondern auch für das Tal. So sei es gerechtfertigt, dass der Kanton in diesem Fall mehr als das gesetzliche Maximum bezahle.

Finanzkommission stimmt zu

Entstanden sei die 5-Prozent-Lücke, schreibt der Regierungsrat, weil die Entwässerungskorporation und die Gemeinde mit 85 Prozent von Bund und Kanton gerechnet hätten. «Irrtümlich», so der Regierungsrat. Kaspar Becker, Vorsteher des Departements Bau und Umwelt, präzisiert, man sei damals davon ausgegangen, Mehrleis-

Projekt Entwässerung Braunwald



Quelle: Entwässerungskorporation Braunwald, Grafik: Südostschweiz

tungen, die der Bund unter bestimmten Kriterien gewähre, könnten auch über 80 Prozent hinaus dem Projekt zugeführt werden.

Die Finanzkommission, die einen Mitbericht verfasst hat, will das Projekt nicht dieses Irrtums wegen gefährdet oder verzögert sehen. So stimmt sie dem zusätzlichen Beitrag ebenfalls zu. Denn das Risiko und die möglichen Kostenfolgen der Grossrutschung für Braunwald und das darunterliegende Tal sei sehr gross.

Bausteuer erst netto fixieren

Der gebundene und der freie Kantonsbeitrag soll die Summe von maximal 16,2 Millionen Franken nicht übersteigen, je nach Bundesbeitrag und Projektverlauf wären es weniger. Für Einzelprojekte von über 10 Millionen sieht der Kanton einen Bausteuerzuschlag vor, damit nicht die Kantonsfinanzen ins Wanken kommen. Für den Entwässerungsstollen plant der Regierungsrat 0,35 Steuerprozent ab dem Jahr 2027.

Einen Antrag, den Zuschlag zu streichen, hat die Finanzkommission mit fünf zu drei Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Der Zuschlag war umstritten, weil es die Finanzlage

des Kantons zulasse, das Projekt ohne Bausteuer zu finanzieren.

Die Kommission schlägt dem Landrat nun vor, die Bausteuer nur als Absicht zu beschliessen. Erst wenn der Netto-Kantonsbeitrag bekannt ist, soll der Regierungsrat die effektive Höhe des Bausteuerzuschlags bestimmen. Und dann dem Landrat und der Landsgemeinde einen neuen Antrag stellen.

Innerkantonale Neidgefühle

Ganz ungefochten war der Zusatzbeitrag nach Glarus Süd in der Fi-

nanzkommission dann aber doch nicht. Laut dem Mitbericht hat man auch die Frage gestellt, ob der freiwillige Kantonsbeitrag von maximal 1,62 Millionen nicht durch Glarus Süd ausgeglichen werden könnte. Indem man den «recht grosszügigen» Finanzausgleich anpassen – sprich reduzieren – würde. Denn es würden in den nächsten Jahren noch weitere grosse Beiträge nach Glarus Süd fliessen, für die touristische Kerninfrastruktur und die Erschliessung von Braunwald etwa.

Geld für Braunwald und ein Rechenschaftsbericht

Der Landrat tagt am Mittwoch, 18. November 2020, um 8 Uhr, im «Schützenhaus» in Glarus. Wegen Corona sind keine Zuschauer zugelassen. Es geht um:

- Den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Beiträge an die Ausbil-

- dungs-kosten von universitären Hochschulen (zweite Lesung);
- einen freien Kantonsbeitrag von maximal 1 622 500 Franken für den Entwässerungsstollen Braunwald;
- die Änderung der Verordnung über die Alimentenhilfe;

- den Tätigkeitsbericht 2019 von Regierungsrat, Verwaltung und Gerichten;
- das Postulat «Betreuungsgutscheine für familienergänzende Kinderbetreuung» von Pascal Vuichard, Mollis;
- die Interpellation «Anreiz für den ÖV» der SVP-Fraktion. (fra)

34 neue Fälle übers Wochenende

Der Kanton Glarus meldet übers Wochenende 34 neue bestätigte Coronafälle. Wie der Website des Kantons zu entnehmen ist, sind damit im Kanton Glarus seit Beginn der Pandemie 786 Fälle bestätigt worden. Allerdings sei dabei von einer höheren Dunkelziffer auszugehen.

Leicht gesunken ist hingegen die Zahl der Hospitalisierten: Im Spital wurden gestern 14 Personen wegen einer Covid-19-Erkrankung behandelt. Zum Höchststand letzte Woche waren es über 20. Neue Todesfälle hat der Kanton Glarus keine zu verzeichnen. Bis jetzt sind im Glarnerland 16 Personen an den Folgen des Coronavirus verstorben. (red)

Diebstähle an zwei Orten

In der Zeit von Freitag bis Montag verübte eine unbekannte Täterschaft einen Einbruchdiebstahl in die Autoabteilung der Berufsschule Ziegelbrücke. Die Täterschaft drang gewaltsam ins Objekt ein und entwendete Bargeld, heisst es in einer Mitteilung der Kantonspolizei Glarus. Im gleichen Zeitraum ist es zu einem weiteren Einbruch in ein Baustellenmagazin im Autschachen in Näfels gekommen. Dabei sei die Stahltür des Magazins gewaltsam geöffnet und Werkzeug entwendet worden, so die Kantonspolizei. Hinweise zu beiden Einbrüchen nimmt die Kantonspolizei Glarus unter Telefon 055 645 6666 entgegen. (kapo)

Wohnungsbrand in Näfels

In der Nacht von Sonntag auf Montag ereignete sich an der Oberlerlenstrasse in Näfels ein Brand in der Wohnung eines Mehrfamilienhauses. Wie die Kantonspolizei Glarus in einer Mitteilung schreibt, seien die Bewohner einer Wohnung in der Nacht aufgrund von Brandgeräuschen aufgewacht und hätten festgestellt, dass es im Wohnzimmer brennt. Die alarmierte Feuerwehr Glarus Nord konnte den Brand rasch unter Kontrolle bringen und ein Übergreifen auf andere Wohnungen verhindern. Sie wurde dabei durch den Hubretter der Feuerwehr Weesen unterstützt. Als Vorsichtsmassnahme seien alle Bewohner des Wohnblocks für etwa zwei Stunden evakuiert worden, heisst es in der Mitteilung der Polizei. Eine der Personen aus der betroffenen Wohnung musste sich mit leichten Brandverletzungen in Spitalpflege begeben. Die Brandursache sei Gegenstand der polizeilichen Ermittlungen, so die Mitteilung. Die Schadenssumme könne im Moment noch nicht beziffert werden. Von Feuerwehr, Sanität und Polizei standen für diesen Brandfall ungefähr 50 Personen im Einsatz. (kapo)

INSERAT

ZUBAG
WINTERGARTEN, METALL- & GLASBAU

Tel. 055 285 80 60, info@zubag.ch
Gewerbestr. 6, 8737 Gommiswald
www.zubag.ch / www.wintergarten-doktor.ch



Wir planen und bauen Lebensräume!

Überzeugen Sie sich selbst bei einem Besuch in unserer Ausstellung

